



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 28.04.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Nachtrag vom 27.4.

Lug-info.com: Die Vertreter der Ukraine bei den heutigen Verhandlungen in Minsk haben sich der Erörterung der Fragen der Wiederherstellung der Gasversorgung von Perwomajsk und des Beschusses des KPP „Jelenowka“ in der DVR, der Menschenopfer gefordert hat, entzogen. Dies teilte heute der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen in Minsk Wladislaw Dejnego mit.

„Die Vertreter der Ukraine haben bei beiden Treffen der Arbeitsgruppen zu ökonomischen und humanitären Fragen in jeder Weise die Erörterung der Fragen der Wiederaufnahme der Gasversorgung von Perwomajsk durch die Ukraine behindert, was von bewussten Schritten zur Verschlechterung der humanitären Situation in dem Bezirk zeugt, der ohnehin schon maximal unter den Aktivitäten der ukrainischen Strafruppen leidet“, sagte er.

„Die ukrainische Seite hat sich auch der Erörterung der Frage des Mörserbeschusses am KPP „Jelenowka“ entzogen, in dessen Folge friedliche Bürger starben, sie haben sich auf den Ausdruck von Beileid beschränkt, was aus dem Mund der Vertreter der Seite, die das Feuer eröffnet hat, besonders zynisch klang“, berichtete Dejnego.

„Genauere Resultate der Arbeit werden nach dem Treffen der Vertreter der Kontaktgruppe, das für den 29. April geplant ist, bekanntgegeben“, sagte der Vertreter der LVR. „Morgen ist die Videokonferenz der politischen Gruppe“.

28.4.

Dan-news.info: Die Teilnehmer des Verhandlungsprozesses zur friedlichen Regelung im Donbass konnten kein Dokument über die Modalitäten der Durchführung von Kommunalwahlen in der Region vereinbaren. Dies teilte heute der Leiter der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe, der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin mit.

„Leider sind jetzt selbst die kleinen Momente, bei denen zuvor ein Einverständnis erreicht wurde, jetzt wieder strittig. Trotz der ganzen von der Untergruppe zu politischen Fragen verbrachten Zeit, ist es bisher nicht gelungen, Modalitäten für die Durchführung der Wahlen zu vereinbaren“, sagte er.

Puschilin unterstrich, dass die Vertreter der DVR die Durchführung der Wahlen nach den Standards des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE verteidigen, aber erst nach der Annahme aller notwendigen normativen Akte durch Kiew (mit der DVR und der LVR abgestimmte Änderungen in der Verfassung der Ukraine, Gesetz über einen besonderen Status, Gesetz über Wahlen) und ohne Teilnahme ukrainischer politischer Parteien.

Dan-news.info: Das Verbot für die Tätigkeit ukrainischer Massenmedien, die zum Krieg im Donbass aufrufen, steht nicht zur Diskussion. Dies erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe, der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin.

„In der DVR werden keine Vertreter der Massenmedien arbeiten, die offen ihre Unterstützung des Krieges gegen das Volk des Donbass geäußert haben. Weder vor den Wahlen, noch während der Wahlen, noch nach ihnen“, sagte der Donezker Politiker.

Wir fügen hinzu, dass die Vertreter der Kiewer Regierung mehrfach erklärten, dass eine der Bedingungen für die Durchführung von Kommunalwahlen im Donbass die Anwesenheit von ukrainischen Massenmedien während des Wahlprozesses ist.

Lug-info.com: Kiew muss ohne Verzögerung die Änderung vom 17. März 2015 im Gesetz über einen besonderen Status des Donbass zurücknehmen, wenn es wirklich vor hat, den Maßnahmenkomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zu realisieren. Dies teilte heute der Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego mit.

„Die einseitig beschlossenen, nicht mit dem Donbass abgestimmten Änderungen im Gesetz über einen besonderen Status, die die Gültigkeit von grundlegenden acht von zehn Paragraphen dieses Gesetzes blockieren, müssen ohne Verzögerung zurückgezogen werden, wenn Kiew vor hat, den Empfehlungen von Nuland zu folgen und mit der Erfüllung des Maßnahmenkomplexes zu beginnen“ meint er.

Zuvor hatte Nuland während eines Besuchs in Kiew erklärt, dass die Schaffung von Bedingungen für die Durchführung von Wahlen im Donbass notwendig sei.

Nach den Worten Dejnegos wird gerade „ein solcher Schritt Kiews den Wunsch zeigen, zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zurückzukehren“.

„Andernfalls, durch eine andere Art der Aktivität, genauer der Inaktivität Kiews, wird weiter nur eines demonstriert – eine Imitation der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen“, meint der bevollmächtigte Vertreter der LVR Dejnego.

Er sagte auch, dass Kiew mehr als ein Jahr nach der Unterzeichnung des Maßnahmenkomplexes nichts zur Regelung der Situation im Donbass unternommen hat, alle „Fahrpläne“ ignoriert hat, die von der LVR und der DVR sowie von Vertretern der „Normannischen Vier“ vorgelegt wurden.

„Von Seiten Kiews beobachten wir nur Versuche die Situation zu verschärfen. Ein Beweis dafür ist die Vergrößerung der Zahl der Beschüsse des Territoriums der LVR und besonders der DVR, die Schließung des Passierpunkts in Staniza Luganskaja, des einzigen in der LVR, die systematischen Provokationen in unmittelbarer Nähe von teilweise funktionierenden Passierpunkten in der DVR (die letzte davon der kürzlich erfolgte Mörserbeschuss von Jelenowka, fünf Tote, zehn Verletzte), die ständige Konzentration von Technik der ukrainischen Streitkräfte an der Kontaktlinie“, sagte Dejnego.